

Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/basti-und-antibasti.html>)

erstellt am: 6. März 2021

Datum dieses Beitrags: Oktober 2019

Basti und Antibasti

■ FRANZ SCHANDL

Die Überraschungen halten sich in Grenzen. Sebastian Kurz Wahlerfolg ist beachtlich, aber nicht überwältigend wie etwa jener von Wolfgang Schüssel, der 2002 von 27 auf 42 Prozent zulegen konnte. Aber fünfeinhalb Prozent Zugewinn sind auch nicht schlecht. Trotzdem hat die FPÖ fast doppelt so viel verloren als die ÖVP gewonnen. Der Vorsprung zur zweitstärksten Partei, der SPÖ, war aber noch nie so groß. Bei Älteren und insbesondere bei älteren Frauen steht der ÖVP-Obmann sehr hoch im Kurs. Schwiegersöhne haben offenbar so zu sein. Das Projekt Kurz ist von einer Projektionsfläche Sebastian zur einem wahren Projektionsuniversum Marke Basti geworden.

Abgestürzt sind die Freiheitlichen. Aber nicht wegen Ibiza, sondern aufgrund finanzieller Unregelmäßigkeiten um Ex-Chef Heinz-Christian Strache. Den großen Gauner hätten die FPÖ-Anhänger ja durchgehen lassen, nicht aber den schamlosen Griff in die Parteikassa. Vor allem den aufwendigen Lebensstil des Ehepaars zu alimentieren, ging vielen Sympathisanten und Funktionären zu weit. Strache hat in den letzten Tagen den Nimbus des blauen Helden völlig verloren: „Warat Zeit für Gusch!“, heißt es in einem FPÖ-Basis-Posting. Viele Wähler sind ins Lager der Nichtwähler desertiert.

HC und auch Philippa Strache sind als politische Akteure Geschichte. Ob sie zu Fall gebracht wurden oder sich

selbst erledigt haben, ist da sekundär und wohl auch beides richtig. Sprach man bis vorgestern noch von den großen Verdiensten Straches, so ist nun der Verdienstentgang total. Auch Philippa, die Tierschutzbeauftragte, wird leer ausgehen, auf das Mandat hat sie bereits verzichtet. Das Datum der Aufdeckung war aber alles andere als ein Zufall. Das war treffsicher terminisiert. Die Freiheitlichen wurden taktisch ausmanövriert, sie wurden nicht politisch geschlagen. Keineswegs geht die Zeit des Rechtspopulismus zu Ende.

Das Resultat der Grünen überrascht ebenfalls nicht. Zur Erinnerung: 2017 sind sie zwar an der Vierprozenthürde spektakulär gescheitert, aber 2013 hatten sie bereits 12,4 Prozent, nun verfügen sie über 14. Den Grünen ist es gelungen, die SPÖ abzuräumen. Sie sind der eigentliche Gewinner dieser Wahl. Längere Zeit als sterbende Kraft gehandelt, sind sie wiederum zu einer der stärksten Ökoparteien Europas geworden. Seltsam. Oder doch nicht? Ergebnisse fluktuieren auf jeden Fall extrem.

Die großen Verlierer sind die Sozialdemokraten, sie haben das mit Abstand schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Nur Wien konnte gehalten werden. Indes führte Pamela Rendi-Wagner einen beherzten Wahlkampf. Die nicht einkalkulierte Flucht ihres Vorgängers Christian Kerns aus Vorsitz und Verantwortung macht der Sozialdemokratie noch immer schw-

er zu schaffen. Anders als in der inzwischen zentralisierten ÖVP sind die Kräfte in der Sozialdemokratie gegeneinander aufgestellt. Es wird schwer sein, die Partei zu rekonsolidieren.

Eingetreten ist freilich eins, was man gar nicht erwartete, nämlich dass ÖVP und Grüne eine Regierungsmehrheit bilden könnten. Auszuschließen ist dieses Bündnis keinesfalls, hört man sich die Stimmen in beiden Parteien an. „Triumph für Türkis-Grün“, schlagzeilte die konservative Tageszeitung *Die Presse* am Montag. „Traut Euch doch!“, stachelte der Chefredakteur die potenziellen Koalitionspartner an. Möglicherweise wird Türkis wirklich begrünt. Antibasti wäre dann Vergangenheit.

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dimmel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkungen eines Grundeinkommens“, Wien 2019.